

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Nr. 12

Ausführlicher Bericht

24. April 2006

FRAGESTUNDE

1. GEWALTVIDEOS PER HANDY - HANDYVERBOT AN UNSEREN SCHULEN

DER PRÄSIDENT.- Gemäß Artikel 71 der Geschäftsordnung eröffne ich die Fragestunde. Wir kommen zur Frage von Herrn Klinkenberg an Herrn Minister Paasch über Gewaltvideos per Handy - Handyverbot an unseren Schulen. Herr Klinkenberg hat das Wort.

HERR KLINKENBERG (*vom Rednerpult*).- Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! In der deutschen Presse ist in letzter Zeit öfter zu lesen, dass Handys an Schulen verboten werden sollen. Nicht nur, dass sie den Unterricht oder die Schulordnung stören, es ist vielmehr so, dass die Handys mit Displays ausgerüstet sind, die das Abspielen von Videos ermöglichen. Erschreckend ist dabei, dass Gewaltvideos immer mehr auf dem Vormarsch sind. Absoluter Renner scheinen dabei reale Aufnahmen von Verkehrsunfällen, Folter, Prügelszenen und echten Hinrichtungen zu sein. Frage: Wie ist die Haltung des Unterrichtsministers zu dieser Entwicklung?

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Klinkenberg hat Recht: Das Handy ist anscheinend nicht mehr nur ein Telefongerät, sondern offenkundig auch ein Medium, über das sich Menschen Zugang zu gewaltverherrlichenden und jugendgefährdenden Videos verschaffen können. Es stimmt, dass mit der kabellosen Bluetooth-Funktion Datenmengen wie Videosequenzen von Handy zu Handy mühelos zu überspielen sind. Das Handy ist übrigens bei weitem nicht das einzige Medium, mit dem ein solcher Missbrauch möglich ist. Dass Jugendliche die technischen Möglichkeiten moderner Medien durchaus nutzen, um untereinander gewaltverherrlichende Botschaften auszutauschen, haben mehrere Razzien in der benachbarten BRD gezeigt. Auch unsere Pädagogische Dienststelle hat Hinweise von Eltern aus unserer Gemeinschaft erhalten, dass sich auf den Handys ihrer Kinder jugendgefährdende Videos befunden haben.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns sicherlich alle darüber einig, dass Gewaltverherrlichung in keiner Schule toleriert werden darf. Unabhängig davon, über welches Medium sie kommuniziert wird, sei es über Kleidungsstücke, über Handys oder über E-Mails, darf es für die Verherrlichung von Gewalt in keiner Schule auch nur den geringsten Platz geben. Die Schulordnungen in unserer Gemeinschaft lassen im Übrigen keinen Zweifel daran aufkommen, dass unsere Schulen Gewaltverherrlichung resolut entgegenzutreten. In unseren Schulen ist beispielsweise auch die Benutzung von Handys während des Unterrichts grundsätzlich verboten. Fast alle Schulordnungen sehen sehr restriktive Bestimmungen für das Benutzen von Handys vor. In den meisten Schulen ist aber das Benutzen von Handys während der Pausen erlaubt.

Nun kann man trefflich darüber streiten, ob Handys auch in den Pausen verboten werden müssen. Da gibt es Für und Wider. Darüber kann man nachdenken. Ich persönlich bin jedoch davon überzeugt, dass ein Handyverbot während der Pausen das eigentliche Problem nicht lösen würde. Wir werden nämlich nie ganz verhindern können, dass moderne Medien wie Handy und Internet dazu missbraucht werden, bestimmte Botschaften und Videos auszutauschen. Dazu gibt es auch außerhalb von Unterricht und Pausen genügend Gelegenheiten, die wir nicht kontrollieren können. Wir können weder das Internet noch die Handys aus der Gesellschaft und deren täglicher Kommunikation verbannen. Das wollen wir auch nicht, denn diese Medien haben viele Vorzüge, die auch wir gerne in Anspruch nehmen. Aber wir können sehr viel dafür tun, unsere Jugendlichen auf die Gefahren solcher Medien hinzuweisen und auf einen kritischen Umgang mit modernen Medien vorzubereiten. Es kommt bei jedem Medium darauf an, wie und wofür es eingesetzt wird. An dem Beispiel, das Kollege Klinkenberg anspricht und das in Deutschland in der Tat für viel Aufsehen gesorgt hat, wird deutlich, wie groß und bedeutend die Herausforderung ist, Medienkompetenz auf allen Ebenen zu vermitteln. Diese Herausforderung nimmt die Regierung sehr ernst!

Ich brauche an dieser Stelle nicht noch einmal auf die Bedeutung unserer Schulmediotheken hinzuweisen, die durch unsere intensive Zusammenarbeit mit NRW und Rheinland-Pfalz gerade in den letzten Wochen eine sehr interessante Aufwertung erfahren haben. Die Regierung hat nicht erst seit heute erkannt, dass mit den modernen Medien viele Chancen aber auch Gefahren verbunden sind. Wir investieren deshalb sehr viel Geld und Humanressourcen in vernünftige, durchdachte Initiativen präventiver Medienpädagogik, und ich glaube sagen zu dürfen, dass wir uns mit unserem medienpädagogischen Konzept nicht zu verstecken brauchen. Ganz im Gegenteil! Unsere Schulmediotheken haben Modellcharakter. Sie finden im In- und Ausland immer mehr Beachtung. Medienkompetenz ist aber nicht nur für Schülerinnen und Schüler wichtig. Deshalb dürfen wir uns in diesem Konzept nicht nur auf unsere Schulen beschränken. Wir müssen ganz gezielt auch ältere Menschen ansprechen. Viele Eltern wissen manchmal gar nicht, welche technischen Möglichkeiten moderne Handys bieten und welche Gefahren damit für ihre Kinder verbunden sind.

Deshalb bereiten Medienzentrum und Pädagogische Dienststelle im Ministerium gerade zurzeit gemeinsam eine Aufklärungskampagne über die Möglichkeiten und die Gefahren moderner Handys in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor. Die gemeinsame Arbeitsgruppe „Medienkompetenz“, in der sowohl die Pädagogische Dienststelle als auch das Medienzentrum vertreten sind, denken darüber nach, einen Handyratgeber nach bundesdeutschem Vorbild zu erstellen.

Das Medienzentrum leistet in enger Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Dienststelle schon seit vielen Jahren sehr gute Präventionsarbeit. Sowohl die Medienministerin als auch ich selbst haben dafür an diesem Rednerpult schon viele Beispiele aufgezählt, die ich nicht zu wiederholen brauche. Gleichzeitig arbeiten wir und unsere Schulen sehr eng mit Polizeidienststellen zusammen, um jeder Form von Gewalt an unseren Schulen eine klare, deutliche Absage zu erteilen. Hier spielen Prävention und Bewusstseinsbildung eine entscheidende Rolle. Mit der Polizeizone Weser-Göhl führen wir beispielsweise zurzeit das Pilotprojekt KoPS (Kommunikation, Prävention, Sicherheit) an drei Sekundarschulen unserer Gemeinschaft durch. Das Finale dieses Sicherheitsquiz wird übrigens am 3. Mai im Rahmen der Aktionstage zur politischen Bildung im Ministerium vorgestellt werden.

Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, die Werbetrommel für diese Aktionstage zur politischen Bildung zu rühren, die wir gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung durchführen. Auch die Polizeizone Eifel führt in diesem Jahr erneut das Projekt MEGA durch, das ähnliche Ziele verfolgt. Alle diese Projekte tragen genauso wie der Poesiewettbewerb „Gemeinsam eine Schule ohne Gewalt schaffen“ dazu bei, Jugendliche zu sensibilisieren und zu ermutigen, jede Form von Gewalt kategorisch abzulehnen. Diese Präventionsarbeit muss in Zukunft fortgesetzt und wenn möglich ausgebaut werden.

Ich hoffe, dass der geplante Bürgerkundeunterricht dazu einen wichtigen Beitrag leisten kann. Kollege Klinkenberg hat vollkommen Recht: Ostbelgien ist keine Insel. Wir müssen diese Probleme auch bei uns sehr ernst nehmen und die damit verbundenen Herausforderungen aktiv und dynamisch annehmen. Ich danke Ihnen!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)

DER PRÄSIDENT.- Erlauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie daran zu erinnern, die Redezeiten einzuhalten. Das gilt auch für die Antworten. Laut Geschäftsordnung beträgt die Redezeit 3 Minuten. Möchte der Fragesteller Stellung zur Antwort des Ministers nehmen?

HERR KLINKENBERG *(aus dem Saal)*.- Ich bedanke mich beim Minister für die ausführliche Stellungnahme.